№ 4

1919

Flugschriften des Tag

FO86
·G3
·B31
I

# Der Irrwahn des Verständigungs-Friedens

VON

## Oberst Bauer

VERLAG AUGUST SCHERL G·M·B·H·BERLIN

Library
of the
University of Wisconsin

# Der Irrwahn
des
# Verständigungs-Friedens

Von

Oberst Bauer

1. bis 15. Tausend

*Flugschriften des „Tag" Nr. 4*

Druck und Verlag von August Scherl G. m. b. H.
Berlin

Alle Rechte, auch das der Ueberſetzung, vorbehalten.
Copyright by Auguſt Scherl G. m. b. H., Berlin 1919

287370
FEB -3 1925
F086
.G3
.B31
I

# Vorwort

Der Zweck dieser Schrift ist Sammlung aller Deutschen ohne Unterschied der Partei, um einen Weg aus dem uns zugedachten Untergang zu finden.

Der Gewaltfrieden hat plötzlich Deutschland aufgerüttelt, Zorn und Haß flammen in jedem empor — aber doch muß man fragen: „Konntet ihr etwas anderes erwarten?“ Kanntet ihr nicht die wilde Vernichtungswut unserer Gegner? Und habt ihr euch nicht schließlich selbst entwaffnet und euren Gegnern wehrlos ausgeliefert?

Was soll jetzt das Klagen, das Schmähen, was sollen die Rufe: „Weg mit dem Mordfrieden.“ Es hilft uns alles nichts, der Friede wird vielleicht im einzelnen sich noch mildern lassen, trotzdem bleibt er die Schlinge, die unsere Gegner um unsere Kehle gelegt haben und die sie nach Belieben zuziehen zu können hoffen.

Wollen wir dem Untergang entgehen, so heißt es einig sein — einig im Denken, Fühlen, Wollen und Handeln. Diese Einigkeit ist aber nicht möglich, wenn man sagt: „Was geschehen ist, ist

geſchehen, nun wollen wir von jetzt ab zuſammenſtehen!“ Denn dieſes Zuſammenſtehen — wenn es überhaupt möglich wäre — würde auf einer falſchen Grundlage erfolgen, nämlich der, die uns in dieſes namenloſe Unglück gebracht hat und die uns rettungslos in den Abgrund für ewig ſtürzt.

Deshalb iſt die Erkenntnis nötig, wodurch unſer Zuſammenbruch zur Wehrloſigkeit erfolgt iſt. Wir können darüber jetzt ſchon objektiv urteilen, denn die Urſachen und Wirkungen ſind offenkundig und auch von unſern Gegnern genügend beſtätigt.

Der Gewinnung dieſer Erkenntnis iſt der Hauptteil der Schrift gewidmet. Sie enthält insbeſondere das Material zur Entkräftigung der Beſchuldigung, die OHL. habe Haſard geſpielt und, als ſie das Spiel verloren ſah, Waffenſtillſtandsverhandlungen innerhalb 24 Stunden gefordert. Tatſächlich würde ja dieſe Beſchuldigung, wenn ſie richtig wäre, die Handlungsweiſe der damaligen Regierung verſtändlich machen, aber noch keineswegs rechtfertigen. Die genauen Unterlagen für die Behandlung dieſer Fragen ſind mir vom General Ludendorff zur Veröffentlichung überlaſſen worden. Deutſchland erlag nur, weil es, ſeeliſch und körperlich ausgehungert, den Willen zum Siege verlor; weil Phantaſten und politiſche Kriegsgewinnler dem irregeleiteten Volk Verſtändigungsfrieden und Freiheit ſo lange vorgaukelten, bis ſie ihre Zeit gekommen glaubten. Sie zerſchlugen das Beſtehende — das gewiß in vielem reform-

bedürftig war — ohne etwas Positives an die Stelle ſetzen zu können. Nun kämpfen wir im Innern blutige Fehden, und von außen werden wir verſklavt. Wo iſt die Grundlage auf der wir da einig ſein wollen?!

Deshalb muß eine richtige Grundlage aus der Erkenntnis unſerer Schuld und Lage erſt geſchaffen werden. Wir müſſen alle Einkehr bei uns halten! Statt weibiſchem Materialismus muß wieder deutſcher Idealismus herrſchen. Strengſte Pflichterfüllung, bereit alles für das Vaterland einzuſetzen, muß von jedem Deutſchen gefordert werden. Sehe jeder nicht nur die Splitter im fremden, ſondern die Balken im eigenen Auge. Nur dann können Parteihader und Eigenbrödelei — unſere ſchlimmſten Feinde — verſchwinden. Und nur dann iſt es möglich, daß Männer von weitem Blick und feſtem Charakter die Führung übernehmen und Deutſchland wieder, wenn auch auf ſteinigem, dornenreichem Pfade, zum Lichte emporführen.

# I.

„Mit der gewaltigen Maſchine," ſprach Bismarck in der ewig denkwürdigen Rede vom 6. Februar 1888, „zu der wir das deutſche Heerweſen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn wir in Deutſchland einen Krieg mit der vollen Wirkung unſerer Nationalkraft führen wollen, ſo muß es ein Krieg ſein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverſtanden iſt; es muß ein Volkskrieg ſein; es muß ein Krieg ſein, der mit dem Enthuſiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es iſt mir noch erinnerlich der ohrengellende Zuruf vom Kölner Bahnhof, und ſo war es von Berlin bis Köln, ſo war es hier in Berlin. Die Wogen der Volksſtimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch ſein, wenn eine Volkskraft wie die unſere zu voller Geltung kommen ſoll."

Und ſo, genau ſo war es 1914. Unbeſchreibliches, Unvergeßliches ſpielte ſich ab. Faſt zu laut gab ſich die Begeiſterung. Auf allen Straßen und Plätzen, in den Lokalen, in der geſamten Preſſe vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung": ein einig

Volk. Entſchloſſen, mit dem ſozialdemokratiſchen „Badiſchen Beobachter“ zu reden, „ohne Unterſchied der politiſchen und religiöſen Überzeugung den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und mit dem letzten Blutstropfen für Deutſchlands nationale Unabhängigkeit, Ruhm und Größe einzutreten.“ Im Weißen Saal des Königlichen Schloſſes ſangen, ein nie noch geſehener Vorgang, die Abgeordneten nach Verleſung der Thronrede die Nationalhymne, legten die Parteiführer feierlich in die Hand des Kaiſers, unter Verpfändung ihres Manneswortes, das Gelöbnis unbedingter Hingabe an die große Sache des Vaterlandes nieder. Einſtimmig bewilligte der Reichstag, von Weſtarp bis Liebknecht, die Kriegskredite, und jeder Landwehrmann zog, wie Bismarck es wollte, hinaus mit dem feſten Glauben im Herzen: „Gott wird mit uns ſein!“

Wie war es möglich, daß dieſer ungeheure, unerſchöpflich ſcheinende Schatz von Imponderabilien ergebnislos verwirtſchaftet wurde, die Stimmung, wie Miß- und Mieswachs auf getrockneter Erde, mit jedem Frühjahr ſchlechter ſproßte? Begeiſterung iſt ſchön, doch aus ſich ſelber kann ſie ſich nicht nähren. Es iſt keine Frage: es nagte die Zeit am Willen, der Mangel am Körper des Volkes. Doch hätten wir, auch das iſt keine Frage, dieſe Schickſal ſchaffende Lebensprobe ſiegreich beſtanden, hätten wir nicht vier Jahre hindurch eine „Regierung“ gehabt, die das tüchtigſte, willigſte, tapferſte, regierbarſte Volk der Erde ſeeliſch darben ließ. Nicht die

körperliche, die ſeeliſche Aushungerung hat uns um die unſre Zukunft allein ſicherſtellende Entſcheidung gebracht. Kein Ideal, kein poſitives Ziel, keine einzige vorwärtsweiſende, damit vorwärts treibende politiſche Tat, nicht der geringſte diplomatiſche Erfolg, nicht einmal das ernſthafte Streben nach einem ſolchen, wurde in dieſen vier an Tränen und Entſagung reichen Jahren unſerm Volke gezeigt. Wußte man, empfand man noch 1916 in den Maſſen, warum man ſich, wie ihnen ſchien, ziel- und endlos ſchlug? Dieſe ſeeliſche Aushungerung war es (in Verbindung mit einer muſterhaft organiſationsunfähigen Bureaukratie), die allererſt Raum ſchaffte für die faſt gierige Aufnahme der Geiſtesſpeiſe, die durch tauſend, oft mit Geld gepflaſterte Wege die Entente bei uns importierte. Dieſe ſeeliſche Aushungerung war es, die den Friedenswillen nach innen am Wollensunvermögen nach außen ſterben ließ, die für die Wiederaufnahme des ödeſten Partei- und Parteiegoismen-„Betriebes“ den moraſtigen Boden ſchuf. Drei Jahre lang war bei uns jede Kriegszielerörterung verboten, während die zerſetzendſten innerpolitiſchen Fragen zur ausgiebigſten Behandlung freiſtanden. Natürlich, wer keine Kriegsziele hat, kann auch keine zur Erörterung ſtellen. „Sich“, wie Herr von Bethmann es formulierte, „ſeiner Haut wehren“, iſt kein Ziel, ſondern eine Tatſache und wird, wenn ſie dauert, ein Zuſtand. Tritt ihm nicht beizeiten ein poſitives Ziel zur Seite, erhebt unerbittlich neben ihm die Frage ihr Haupt, wie er entſtand: feindlicher Ein-

wirkung ſtehn damit die Seelenpforten eines Volkes in Not offen. Während draußen unſre Kraft, unſer Wille, unſre Führung ſiegreich gegen eine Welt von Feinden ſtand, verlor unſre „Regierung“ die nicht minder entſcheidende Schlacht der Geiſter.

Die Frage nach der „Schuld“ der Entſtehung des Krieges verſinkt neben dieſer Tatſache ins Kümmerliche, und an ihre Stelle rückt die viel ſchwerere: wer reichte dem Feinde bei der Durchführung dieſer Offenſive die Hand, wer hat, durch Tun oder Unterlaſſung, dem Feinde dieſen Sieg erleichtert? Daß unſre „Regierung“, das heißt die Geſamtheit der auf Grund der Reichsverfaſſung berufenen konſtitutionellen „Faktoren“, in erſter Linie die Verantwortung trägt, leidet keinen Zweifel. Denn ihrer iſt die Schuld, wenn ſchon, als das zweite Kriegsjahr ſeinem Ende ſich neigte, der ungeheure Vorrat an Imponderabilien, das Seelengut der Nation, faſt reſtlos verſchleudert war, die aus ſtarker und ehrlicher Entſchloſſenheit gewordene, oft und feierlich bekundete Einheit des nationalen Wollens in tauſend ſich befehdende „Intereſſen“ zerſplitterte und ſchließlich ein ſeeliſcher Zuſammenbruch ohnegleichen dem Ringen eines großen Volkes das tragiſche Ende ſchuf. Nicht minder groß iſt die Schuld derer, die, in wurzellos gewordener Hyperkultur, den Blick für die harte Wirklichkeit nach Entſcheidung drängender Gegenwart verloren, den Maſſen den Menſchheitshimmel auf Erden verſprachen, wenn ſie nur, per fas aut nefas, die Waffen von ſich würfen, im härenen Büßergewand,

wie Heinrich vor Kanoſſa, an der Gnadenpforte des Völkerbundes um Einlaß flehten. Denn der Verſtändigungswille und die in Milde ſich auswirkende Gerechtigkeitsliebe der Herren Wilſon, Lloyd George und Clemenceau ſah ihresgleichen in der Geſchichte noch nicht. Aus tauſend Rinnſalen ſickerte in die Maſſen, morgens, mittags und abends ſolche Lehre. Verſprechungen ſchmackhafteſter Art erleichterten ihr die Aufnahme. Ins Wolkenkuckucksheim der Abſtraktion verſchlagene Intelligenz verband ſich mit dem Appell an die elementarſten Inſtinkte. Eine hohe Regierung ſah ratlos, tatlos, ſtaunend zu. Ein noch höherer Reichstag bemühte ſich um die Ermittlung, wie noch längere Kriegsdauer auf die unterſten Schichten vermutlich wirke, wie man die dort herrſchende, für die Fraktionszukunft maßgebende Stimmung ſich rette, und ertrank in öder Nörgelei. Und an der Front ſpürte die Oberſte Heeresleitung deutlicher und deutlicher das Stocken des Pulsſchlags der Heimat, in der, kaum behelligt, der Radikalismus ſein Haupt erhob. „Nach Siegen“, ſchrieb das „Berliner Tageblatt“, „pflegt eine Entwicklung im ariſtokratiſchen Sinne zu folgen, nach Niederlagen eine freiheitliche Periode der Politik.“ „Die Sozialdemokratie“, echote es aus der Sozialiſtenpreſſe, „muß ſich bewußt ſein, daß ein deutſcher Sieg für die Partei nur verhängnisvoll ſein kann.“

Ariſtokratie und Monarchie ſind bodenſtändig, politiſcher Radikalismus iſt ſtets internationaliſtiſch; ſeine Wurzeln und Gipfel verlieren ſich im Abſtrakten,

wo kein Blut pulſt und kein Atem weht, nur die ſpindeldürre Doktrin gedeiht. Der Radikale kennt (ob Anarchiſt oder Kommuniſt, Sozialiſt oder Demokrat: ganz gleich) nur den „Menſchen an ſich“, wie und ſoweit ihn die von aller Wirklichkeit abſtrahierende Logik liefert. Für das Daſeinsrecht der Nation iſt in ſolchem Bau kein Platz. „Alle Menſchen ſind gleich, folglich haben alle gleiche Rechte. Und alle Rechte trägt jeder dieſer Gleichen von der Menſchheit nur zu Lehen. Nationen, Völker, Staaten: temporäre Zweckmäßigkeitsverbände ohne jeden ethiſchen Gehalt, Überbleibſel aus der finſtern Ausbeuterzeit, die ſo raſch wie möglich zu verſchwinden haben.“ Eine ungemein ſtarke, ungemein wirkſame Lehre; denn ſie appelliert, wie ſchon Renan erkannt hat, an zwei der mächtigſten Maſſeninſtinkte: an „die Selbſtſucht, dieſe Quelle des Sozialismus,“ und an „den Neid, dieſe Quelle der Demokratie“. Gewann dieſe Lehre in der deutſchen Volksſeele Raum, war der Kampf um unſre nationale Selbſtbehauptung in ſeinem Lebensnerv getroffen, ſelbſt Herrn von Bethmanns Abwehrformel hatte keinen Sinn und Wert. Die Gefahr ſolcher Lehre, gegenüber einem durch politiſche Führungsloſigkeit geiſtig ausgehungertem Volke, wuchs ins Rieſengroße. Unermüdlich war von Weſten die Entente mit ihrem, von Oſten der Bolſchewismus mit ſeinem Import. Und Deutſchland war, trotz Bismarcks bitterer Klage, noch immer das Land der Coriolane. Der Bourgeois Wilſon fand nicht minder willige Helfer wie der Citoyen Lenin. Sie ſaßen in Ämtern

und Redaktionsstuben, in den Parlamenten, wie in den Logen.

Die Oberste Heeresleitung sah dies alles klar. Doch sie stand in ihrem Streben fast allein. Ihr fehlten zum wirksamen Eingreifen die Mittel; sie hatte nicht einmal die Kommandogewalt, die beim Kaiser auf der einen, beim Kriegsminister auf der andern Seite lag. Sie konnte bitten, beantragen, mahnen, warnen, und sie hat es reichlich getan. Allein geschehen ist nichts, während auf der Gegenseite Tag und Nacht tausend Gehirne tätig waren, die Entschlossenheit wie die Geschlossenheit der Nation zu zerbrechen. Es ist Zeit, den Schleier von diesen Dingen zu heben, damit die Nation zu urteilen vermag: wie alles kam, was im Herbst 1918 war, und was die Entwaffner der Nation daraus im Laufe des traurigsten Winters deutscher Geschichte gemacht haben.

## II.

Die Oberste Heeresleitung hatte stets, wie jeder empfindende Mensch, den lebhaften Wunsch, das fürchterliche Ringen zu beenden und, selbst um den Preis auch nur erträglicher Bedingungen, zum Frieden zu kommen. Dies war auch der Standpunkt der Reichsleitung, des Parlaments, fast des ganzen Volkes, und sicher war er, unter drei Voraussetzungen, auch unanfechtbar. Diese Voraussetzungen freilich waren unerläßlich, wenn nicht, wie sonst im Leben, ein an sich

berechtigter Grundſatz durch falſche oder fahrläſſige Anwendung zu ſchwerſtem Unheil führen ſollte. Es war unbedingt zu fordern:

einmal, daß der Erkennbarmachung unſrer Entſchloſſenheit, zum Frieden zu kommen, die berechtigte Erwartung zur Seite ſtand, daß unſer Wunſch beim Feind auf Gegenliebe rechnen konnte;

ſodann, daß man den Schritt nie in Formen kleidete, die die Kriegszuverſicht des Feindes heben mußten;

endlich, daß man noch ſorgfältiger ſich vor Formen und Geſten hütete, die die eigne Entſchloſſenheit, auf jeden Fall durchzuhalten, lähmen konnten.

Trafen dieſe Vorausſetzungen nicht zu, ſo war die Propaganda des Verſtändigungsfriedens nicht nur politiſch unklug, ſondern auch unmoraliſch.

Tatſächlich wollten nun die Gegner einen Verſtändigungsfrieden nicht, da ſie unſre Vernichtung erſtrebten. Die von den „Verſtändigungsmännern“ erhobenen Beſchuldigungen, wir hätten aus Eroberungsſucht einen ſolchen Frieden verpaßt, entbehrt, wie ſelbſt Graf Czernin zugibt, jeder Grundlage und iſt glatt — erfunden. Das Gegenteil wäre ja wohl leicht zu beweiſen, aber die aus einem beſtimmten Winkel ſehr laut angekündigten „Enthüllungen“ ſind noch immer nicht erſchienen und werden es nie, weil es nichts zu enthüllen gibt. Infolgedeſſen ſchweigt man ſich aus und rechnet auf die Vergeßlichkeit des Zeitungsleſers. Es muß alſo — die Zeit und die Möglichkeit ſind jetzt

da — endlich festgestellt werden, daß die Männer des Verständigungsfriedens auf dem falschen Wege waren, und daß die Männer recht hatten, die von vornherein nur mit einem den Machtverhältnissen entsprechenden Frieden rechneten und demgemäß den Einsatz der ganzen Kraft des deutschen Volkes verlangten. War's unbillig, zu erwarten, daß die Verständigungsmänner wenigstens jetzt, angesichts der Brutalität der Gegner, ihren Irrtum eingeständen, ihr Haupt verhüllten und sich mindestens schämten? Doch manchem hat, wie Treitschke sagt, die Natur die Gabe der Scham versagt, und ganz im Gegenteil wird jetzt, nach bewährten Mustern, versucht, trotz des klaren Tatbestandes durch große Worte und täuschende Gesten die eigne Schuld zu bemänteln.

So wurde von dem Hauptvertreter des Verständigungsfriedens schon im November erklärt, die Revolution habe in wenigen Tagen dem Volke das gebracht, was die alte Regierung in Jahren nicht habe bringen können, nämlich Frieden, Freiheit und Brot. Weiter ist behauptet, „die neue Regierung hätte nur die Liquidation des von der fluchbeladenen (!) alten Regierung verschuldeten Zusammenbruchs zu übernehmen", und ferner wurde gesagt, das alte Regime (wenn statt dessen Ludendorffs Name genannt wird, so ist das falsch, denn Ludendorff war der Untergebene Hindenburgs und des Kaisers, und somit tragen diese Personen unter allen Umständen die Verantwortung, selbst wenn sie Ludendorffs Geist folgten) habe das Volk im dunkeln gehalten, Hasard gespielt und plötz-

lich, als alles verloren war, in 24 Stunden Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt. Ich bitte um Entschuldigung, aber es sind die Bramarbasse des Pazifismus selber, die in ihrer Verlegenheit alles durcheinander werfen. Das Volk über die Kriegsaussichten, Friedensmöglichkeiten, unsern Stand aufzuklären, war Sache der Regierung. Sie war über die militärische Lage jederzeit auf das genaueste, über die politische allein unterrichtet. Und spricht es nicht Bände über die Tatsache, wie weit unsern Volks-Entwaffnern der „gute Glauben" bei ihrem Vorgehen zur Seite steht, daß sie jetzt, da sie vor dem, nur von den geistig ewig Blinden nicht vorhergesehenen, völligen Bankerott ihrer Phantasmagorien stehn, nach der Volksabstimmung über den von ihnen, und von ihnen allein nach innen erzwungenen, nach außen ermöglichten Gewaltfrieden rufen? Die Verantwortung also von sich auf das von ihnen ins Elend gestürzte Volk abzuwälzen versuchen?

Betrachten wir ihre Phrasen einmal genauer. Wie es mit Frieden, Freiheit und Brot aussieht: es hieße Kieselsteine in Bäckerläden tragen, darüber noch zu reden. Aber auch die übrigen Beschuldigungen sind völlig unhaltbar, und damit natürlich auch der Versuch der Abwälzung der Verantwortung auf das alte Regime oder schließlich jetzt auf das Volk. Zum Beweise müssen wir allerdings die Tatsachen der letzten Phase des Krieges bis zur Auflösung des Feldheeres nochmals kurz ins Gedächtnis zurückrufen.

## III.

Die beiden ersten großen Offensiven des Jahres 1918 waren die erfolgreichsten gewesen, die seit dem August 1914 im Westen geschlagen wurden. Die Entente hielt sich zwar noch, aber, wie jetzt einwandfrei feststeht, ihr war durchaus nicht wohl zumute. Die Folgerung, daß es jetzt gälte, alle Kraft zusammenzunehmen, um den Endsieg zu erringen, war in der Heimat nicht gezogen. Die Meldungen, die bei der O.H.L. einliefen, zeigten umgekehrt, daß der Ersatz zahlenmäßig schlecht lief, und daß der Geist der Indisziplin, von der politisch nicht geführten Heimat genährt, im Heer nagte.

Das Ausbleiben des Ersatzes ist ja auch offiziell anerkannt, nur wurde behauptet, es ginge nicht anders. Demgegenüber ist vorgreifend festzustellen, daß am 17. Oktober 1918 der Kriegsminister noch 600 000 Mann Ersatz in Aussicht stellte. Was die Indisziplin betrifft, bedarf es weiterer Beweise nicht mehr, nachdem Vertreter der Unabhängigen Sozialisten jetzt wiederholt triumphierend verkündet haben, daß sie seit 1916 an der Zersetzung des Heeres erfolgreich gearbeitet hätten.

Kurz, wir hatten nur eine beschränkte Anzahl von aufgefüllten, d. h. genügend kampfkräftigen Divisionen. So kam die dritte Offensive heran, die ein vernichtender Schlag hätte werden können und müssen. Sie mißlang, teils durch widrige Außenumstände, teils durch Versagen einzelner Truppen-

teile. Das war schmerzlich, aber entscheidende Bedeutung erhielt es erst, als am 19. 7. der französische Angriff von Villers-Cotterets unsre Linie überrannte und auf Soissons zurückdrückte. Es ist im „Vorwärts“ behauptet, dies sei eine positive Schuld der O. H. L., die an den Angriff nicht geglaubt oder ihn falsch eingeschätzt habe. Diese Behauptung ist völlig unwahr. Die feindliche Absicht war rechtzeitig und richtig erkannt. Die in Erwartung des feindlichen Angriffs stehenden Divisionen reichten, entgegen tendenziöser andrer Darstellung, nach Ansicht der befragten zuständigen Stellen aus. Was hätte denn mehr geschehen sollen? Etwa von den eigenen Angriffsdivisionen einige gegen Villers-Cotterets abzweigen? Das hieß, die eigene Offensive aufgeben, und wäre irrsinnig gewesen, zumal unser Angriff aller Voraussicht nach v o r dem feindlichen kam und im Fall des Gelingens die gegnerischen Angriffsabsichten zerschlug. Daß Foch den Angriff erst nach dem Scheitern dieser dritten Offensive wagte, ist ein genügender Beweis, wo bis zum 15. 7. 1918 die Initiative lag.

Der Mißerfolg vom 19. 7. 1918 ist vielmehr dadurch herbeigeführt, daß wider Erwarten die angegriffenen Divisionen den Stoß nicht aushielten. Die Hauptursachen*) waren damals wie später immer dieselben, nämlich:

*) A n m. An einzelnen Stellen sind wohl auch Truppen durch den Angriff überrascht worden. Aber das war Schuld der betr. Truppen, nicht der höheren Führung, d. h. der Armee bezw. O. H. L. Diese Stellen hatten mehr wie genügend auf den drohenden Angriff hingewiesen.

Erstens: zahlenmäßig sehr schwache Divisionen und dadurch starke Anspannung der Truppen. (Besonders die unbedingt zuverlässigen litten darunter, weil sie immer wieder hineingeworfen werden mußten.)

Zweitens: Sinken des Kampfwertes und der Moral.

Beide Ursachen liegen aber lediglich in dem Ausbleiben des Ersatzes und, soweit er kam, in seiner moralischen Verseuchung sowie in der immer mehr zunehmenden Drückebergerei und Fahnenflucht.

Der 8. August, der Tag des großen englisch-französischen Einbruchs bei der 2. Armee, brachte den einwandfreien Beweis, daß unsre moralische Kampfkraft gelitten hatte. Sich tapfer schlagenden und vorrückenden Truppen wurde „Streikbrecher" und „Kriegverlängerer" zugerufen, Worte und Begriffe, die den Katechismus, aus dem sie stammten, nicht verleugneten. Sie sind nicht an der Front entstanden. Sie kamen aus der unter dem geruhsamen Zusehen der Regierung moralisch zerfallenden Heimat, wo, allen Bitten, Mahnungen, Warnungen der O. H. L. zum Trotz, der Geist des Umsturzes umging und ungehindert, ohne auch nur den Versuch ernsthafter Bekämpfung, umgehen durfte. Dagegen hilft keine Strategie und keine Taktik.

Es muß hier bemerkt werden, daß auch die O.H.L. zunächst über die Ursachen nicht ganz klar sah. Man

konnte es, trotzdem Nachrichten und Meldungen über die sinkende Moral sich immer mehr häuften, nicht glauben, daß im deutschen Soldaten Meuterergeist umgehe. Dazu kam, daß sehr viele Truppen sich nach wie vor auf das ruhmreichste schlugen. Das so verschiedene Verhalten ließ sich also auch durch andere Umstände, als Übermüdung, zahlenmäßige Unterlegenheit einerseits, stärkste feindliche Waffenwirkung und Massenangriffe mit Tanks andrerseits zunächst noch erklären.

Foch sah aber nach dem 8. August klar, er hat es jetzt selbst in einem Interview ausgesprochen. Noch im Juli glaubte er nicht daran, daß die Deutschen das Spiel verloren gäben, am 8. August wurde es ihm klar, daß seine Zeit gekommen war. Er befahl, obwohl keine nennenswerten Reserven zur Verfügung standen, den Generalangriff. Es ist wohl kein Zweifel, daß Foch aus den Aussagen der Überläufer sehr genau über den Geist, Stärke und Ersatzverhältnisse des Heeres unterrichtet worden ist. Denn sagten vordem einzelne unserer Gefangenen unter dem Druck unmenschlicher Behandlung an sich schon wichtige Dinge aus, so taten es die „aufgeklärten" und zum Überlaufen angestifteten Elemente erst recht. Hofften sie doch dadurch ein besseres Loos zu bekommen. (Nun, darin haben sie sich wenigstens geirrt.)

Daß Fochs Generalangriff gleichwohl ein Hazardspiel war, ist ohne weiteres klar, denn sein Plan war vereitelt, wenn Deutschland zur Besinnung kam und sich zur Einigkeit und Stärke aufraffte. Daß das

möglich war, hatten Foch und Clemenceau in Frankreich selbst bewiesen, wo sie den Geist des Defaitismus und der Meuterei schnell und schonungslos niedergeschlagen hatten.

Wenn nun auch, wie gesagt, der Zusammenhang der einzelnen Ursachen unserer Mißerfolge im Juli-August anfänglich nicht ganz klar lag, so geschah doch seitens der O. H. L. alles, was sie überhaupt dagegen tun konnte.

Die Maßnahmen lassen sich trennen in:

a) rein militärische an der Front;
b) solche zur zahlenmäßigen Erhöhung des Ersatzes und zur Hebung der Stimmung in Heimat und Heer;
c) Verbesserung unsrer Ausrüstung mit Kampfgerät.

Zu a) Die rein militärischen Maßnahmen waren einfach. Es galt, durch Auflösung von Divisionen die andern wieder aufzufüllen, besonders ihren Offizier- und Unteroffizierstand zu erhöhen. Das ist weitgehend durchgeführt. Aber damit sank die Zahl unsrer Divisionen und für die verbleibenden war die zu haltende Linie zu lang. Also mußte sie *verkürzt* werden, und auch das geschah, naturgemäß unter Zurückgehen.

Zu b) *und* c). Für die sonstigen Maßnahmen war die O. H. L. nicht zuständig oder bedurfte doch der Mitwirkung der Reichsbehörden. Sie konnte also nur bitten und anregen. An beidem hat es nicht gefehlt.

Bereits Mitte Juni 1918 war an den Reichskanzler geschrieben, daß die bedrohliche Ersatz- und Arbeiter-

lage Abhilfe verlange. Es war Erweiterung der Wehrpflicht vorgeschlagen. Natürlich handelte es sich nicht etwa um Einstellung alter Männer, sondern es war in erster Linie als eine moralische Betonung der Pflicht gedacht, daß jeder und jede ihre Kraft für das Vaterland einzusetzen hätten. Außerdem sollte das betreffende Gesetz die Handhabe zur wirklichen Erfassung der Arbeitsfähigen bieten, Streiks vorbeugen usw. Nachdem das unselige Hilfsdienstgesetz in den Händen der Arbeiterführer sich lediglich zu einer Waffe gegen die Pflicht und für Ertrotzung von Rechten ausgewachsen hatte, schien ein solches Wehrgesetz nötig.

Ende Juni 1918 fand eine Besprechung von Vertretern der höchsten Behörden über den Vorschlag der O. H. L. statt. Der damalige Kriegsminister gab seiner abweichenden Ansicht Ausdruck. Die Zivilressorts, die es natürlich sehr merkwürdig fanden, daß die beiden militärischen Stellen uneinig seien, zeigten nun auch wenig Entgegenkommen, betonten aber desto mehr die innerpolitischen Schwierigkeiten. Die Sitzung war ergebnislos.

Wenige Tage danach fand dann in Spaa eine erneute Besprechung statt, an der Graf Hertling und Minister von Stein teilnahmen. Graf Hertling hielt ein Wehrpflichtgesetz ohne schwere innere Erschütterungen für unmöglich. Dafür wurde aber zugesagt, daß alle Maßnahmen für eine bessere Erfassung des Ersatzes, Aufklärung der Arbeiter, Ergreifung und Bestrafung der Fahnenflüchtigen und

Drückeberger ungesäumt nunmehr mit Nachdruck verfolgt würden. Ludendorff erklärte sich damit einverstanden. Leider; geschehen ist nichts.

Es galt, auch die Arbeitgeber aufzuklären und zu gewinnen, zumal sie vielfach Arbeiter über den Bedarf festzuhalten schienen. Am 20. 7. 1918 sprach daher ein Vertreter der O. H. L. vor den Hauptvertretern der Rüstungsindustrie und wies auf den Ernst der Lage, die Notwendigkeit des Herausziehens weiteren Ersatzes, unter Aufrechterhaltung der Höchstleistung der Industrie, hin. Das letzte setzte voraus, daß der einzelne Arbeiter wieder Pflichtgefühl bekam und wieder mehr leistete als in der letzten Zeit. (Die Arbeitsleistung war gegen die normale im Frieden an manchen Stellen auf 50 bis 60 Prozent gesunken.) Die gerade in dieser schweren Zeit von den Arbeitern geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit (7- bzw. 8-Stunden-Tag) war angesichts der gespannten Lage, in einem Augenblick, wo es wirklich um unser Sein und Nichtsein ging, geradezu unbegreiflich.

Der Besprechung wohnten leider die Vertreter der Arbeiter nicht bei. Die wiederholte Bitte, eine solche gemeinschaftliche Besprechung von Arbeitgebern und -nehmern zu veranlassen, war vom Kriegsamt abgelehnt. Und doch wäre vielleicht gerade eine solche Besprechung geeignet gewesen, die Einigkeit und den Willen zum Durchhalten hochzubringen.

Nun — es besserte sich nichts. Wohl gingen Schreiben zwischen Berlin und dem Hauptquartier

hin und her, wohl fanden Beſprechungen zwiſchen den Bearbeitern ſtatt — doch Weiteres ward nicht erreicht.

So ſpitzten ſich die Verhältniſſe weiter zu. Am 27. 8. 1918 abends fand bei General Ludendorff eine Beſprechung der beteiligten Abteilungschefs ſtatt, wo Ludendorff erklärte, ſogar weitgehend in eine vorübergehende Einſchränkung der Rüſtungsinduſtrie willigen zu wollen, aber Erſatz müſſe endlich freigemacht werden. Der mitanweſende Vertreter des Kriegsminiſteriums fuhr noch in der Nacht nach Berlin. In den erſten Septembertagen traf der Kriegsminiſter in Avesnes ein. Anweſende Frontoffiziere ſchilderten ihm die Lage an der Front und die Stimmung der Truppe wahrheitsgemäß. Dann fand eine Beſprechung zwiſchen dem Miniſter und Ludendorff ſtatt — ergebnislos! Einige Tage ſpäter wurde die Frage dann nochmals durch mehrere von der O.H.L. entſandte Vertreter im Kriegsminiſterium zur Sprache gebracht, auch poſitive Vorſchläge zur Erfaſſung der Fahnenflüchtigen und Drückeberger gemacht. Es wurde ſchleunigſte Prüfung zugeſagt. Bei der Prüfung iſt es geblieben.

Bei allen dieſen Beſprechungen war neben der zahlenmäßigen Erfaſſung des Erſatzes die Notwendigkeit betont, im Innern Ordnung zu ſchaffen, gegen Drückeberger und Fahnenflüchtige vorzugehen und noch einmal im Volk einen einheitlichen geſchloſſenen Siegeswillen zu entfeſſeln. Als ein weſentliches Mittel hierzu erſchien die Preſſe, an deren gutem Willen

bei richtiger Anleitung kaum zu zweifeln war. Die O. H. L. ſchlug vor, einen Preſſe- oder Propagandaminiſter zu ſchaffen. Es ſcheiterte einmal an den vorgeſchlagenen Perſonen, hauptſächlich aber daran, daß der Reichskanzler in dieſem Manne — der ja natürlich eine große Macht bekommen konnte — ſeinen präſumtiven Nachfolger ſah.

Trotz aller dieſer Fehlſchläge gab die O. H. L. ihr Bemühen nicht auf, ſie hoffte im Gegenteil immer wieder, daß endlich die Einſicht kommen würde. Daß aber bei richtiger Aufklärung und einem Appell an das deutſche Pflichtgefühl mit einem Schlage alles zum Guten gewendet werden könnte und daß mit einem Siegeswillen, ähnlich dem des Jahres 1914, der Krieg zu gutem Ende zu führen war, erſchien ſicher. Der Glaube an das deutſche Volk wurzelte namentlich bei Ludendorff zu tief, und zweifellos mit Recht. Auch heute noch ſtecken im deutſchen Volk Werte, die nur des Zauberworts warten, um zur Tat zu werden. Bisher hat das Zauberwort freilich gefehlt.

Im Vertrauen zu der noch möglichen Erhebung des deutſchen Volkes geſchah von der O. H. L. alles, was für die erfolgreiche Fortführung des Krieges in bezug auf Waffentechnik und Rüſtungsinduſtrie nötig war. Es ſei hier nur einzelnes erwähnt. Zunächſt wurde der Tankabwehr erhöhte Bedeutung beigelegt. Der feindliche Tank war an ſich kein vollkommenes Kriegsinſtrument, und eine gute Truppe wurde auch durch vorhandene Abwehrmittel mit ihnen fertig.

Aber wir mußten damit rechnen, daß der Tankmaſſenangriff die normale Angriffsform des Gegners im nächſten Frühjahr werden würde. Deshalb war Vermehrung und Verbeſſerung der Abwehrwaffen nötig. So entſtand das 13-mm-Maſchinen-Gewehr (eine hervorragende Waffe) und das 3,7-cm-Tankabwehrgeſchütz. Für dieſe Waffen wie für die vorhandenen Geſchütze wurde eine Spezialmunition für Tankbekämpfung geſchaffen. Anfang Oktober 18 fanden Probeſchüſſe in Meppen, Cunersdorf uſw. ſtatt, die ein hervorragendes Reſultat ergaben.

Zur Erhöhung unſrer Angriffskraft wurden neue Verfahren im Gaskampf geſucht und gefunden. Die Verſuche — die letzten fanden im Oktober ſtatt — berechtigten zu den beſten Hoffnungen.

Weiter war ein vortrefflicher neuer Tank in Arbeit. Er vermied die hauptſächlichſten Fehler der feindlichen Tanks, war ſehr beweglich und bot ein kleines Ziel. Man könnte fragen, weshalb wir die Tanks nicht früher gebaut haben. Das verbot ſich aus zwei Gründen: einmal war unſre Rüſtungsinduſtrie mit dringenderen Aufgaben bis zur Grenze der Leiſtungsfähigkeit überlaſtet; und zweitens war ein wirklich brauchbarer Tank bisher nicht zuſtande gekommen. Daß uns die Gegner auf dieſem Gebiet überholt hatten, iſt nicht zu leugnen, jedenfalls hätten wir unſre Offenſiven 1918 nicht auf unſere Tanks baſieren können, auch wenn wir gewollt hätten. Auf der andern Seite hätte es in den Frühjahrsoffenſiven 1918 ein für uns weſentlich andres Ergebnis nicht

gezeitigt. Unſre Offenſiven kamen zum Stehen, nicht weil die Truppen abgekämpft waren, ſondern weil die Artillerie-, Munition- und Verpflegungsnachſchubmöglichkeit an ihrer Grenze angelangt war. Nicht Tanks, ſondern Pferde und Hafer, Kraftwagen und Benzin fehlten uns.

Für die Verteidigung aber (in den Schlachten vom Sommer 1918 an) hatten Tanks als reine Offenſivwaffe wenig Bedeutung.

Eine beſondere Sorgfalt wurde der energiſchen U-Boot-Kriegführung vom Admiral Scheer zugewandt. Dazu war Vermehrung der U-Boote durch Beſchleunigung der Fertigſtellung und Erhöhung der Zahl der Stapellegungen vor allem nötig. Die OHL. war dabei inſofern beteiligt, als die Bereitſtellung von Facharbeitern, Abzweigung von Rohſtoffen uſw. erheblich in die Heeresintereſſen eingriff. Es wurde volle Einigkeit erzielt und in einer Sitzung, Anfang Oktober, unter Zuziehung der Werftbeſitzer ein Programm feſtgelegt. Die Sache war ausſichtsreich.

So ging es auf allen techniſchen Gebieten gut vorwärts und die zeitgerechte Fertigſtellung der betreffenden Waffen uſw. war in wiederholten Beſprechungen mit den führenden Stellen und Männern ſichergeſtellt. Das deutſche Heer ſtand mit techniſch weſentlich ſtärkerer Ausrüſtung im Frühjahr 1919 feſt. Die hervorragende Mitarbeit der beteiligten Dienſtſtellen (Truppendetachement im Kriegsminiſterium, Wumba, Artillerie-Prüfungskommiſſion, Ingenieurkomitee uſw.) muß beſonders hervorgehoben werden.

Es kann dies naturgemäß kein erſchöpfendes Bild ſein, es ſoll nur zeigen, wie die OHL. an die Fortführung des Krieges dachte, wenn wir zu einem erträglichen Frieden nicht kamen, und daß ſie dieſe Fortführung, wenn die ſeeliſche Einſtellung der Heimat gelang, für militäriſch durchaus möglich hielt. Denn andernfalls wären alle dieſe Maßnahmen ja irrſinnig geweſen.

Hält man ſich das unter a) bis c) Geſagte vor Augen, ſo kann man vielleicht ermeſſen, wie den verantwortlichen Männern bei der OHL. zumute war. Von der Front dauernde Meldungen über feindliche Angriffe und über da und dort auftauchendes Zerbröckeln der Kampfkraft mancher Verbände. Oft hatten die feindlichen Angriffe keine, bisweilen Teilerfolge. Aber wir mußten zurück auf die kürzere Linie, auch wenn wir die Angriffe abgewieſen hatten. Oft mußten ſogar ſiegreiche Truppen zurück, weil die Nachbardiviſion, ſei es aus Übermüdung, zahlenmäßiger Schwäche oder ſchlechter Moral nicht gehalten hatte. Die Kampflinie wurde jedenfalls immer dünner.

Dazu die Überzeugung, daß wir noch immer über leidlichen Erſatz verfügt hätten, wenn die Heimatbehörden den Mut und die Fähigkeit hatten, die geſunden Volkselemente noch einmal zu einer neuen, entſchloſſenen Einheit zu ſcharen und den ſchlechten gegenüber endlich mit allen Machtmitteln, die ſie hatten, zuzugreifen. Namentlich die Drückeberger mußten endlich hart angefaßt werden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Zahl der in der Etappe und

in der Heimat ſich herumtreibenden Drückeberger und Fahnenflüchtigen allein auf 1—1½ Millionen einſchätzt, alſo mehr, als zuletzt unmittelbar am Feinde ſtanden.

Daß allmählich die Zweifel immer ſtärker wurden, ob ſich die Heimat noch mal beſinnen und zu äußerſter Kraftentfaltung anſpannen würde, lag auf der Hand. War die OHL. früher ſtets für jeden annehmbaren Frieden bereit geweſen — ſie war es auch auf der Höhe ihrer militäriſchen Erfolge, im Frühjahr 1918 — ſo mußte ſie jetzt darauf drücken, daß wir zu einem Ende kamen, da der Krieg ohne Geſundung der inneren Verhältniſſe und damit der Erſatzlage natürlich nicht mehr zu gewinnen war. Auch der Kronprinz dachte ſo. Er hatte Ende Juli 1918 eine Denkſchrift in dieſem Sinne an den Kaiſer gerichtet.

Am 30. Juni 1918 war Herr v. Hintze Nachfolger des Herrn v. Kühlmann geworden. Man hoffte, es würde ihm gelingen, Friedensfäden zu ſpinnen. Aber es verlautete nichts, obwohl die Regierung — alſo auch Herr v. Hintze — über die innere und die militäriſche Lage doch vollkommen im Bilde waren. Die oben erwähnten Beſprechungen hatten (neben der dauernden Orientierung durch die im Großen Hauptquartier zu dieſem Zweck anweſenden Vertreter) doch keine Zweifel gelaſſen.

General Ludendorff befand ſich in vollſtem Ein-

vernehmen mit den beteiligten Abteilungschefs in der Beurteilung der Lage. Bereits am 13. Auguſt, das heißt: ſobald er auf Grund der eingegangenen Berichte über den ruhmloſen 8. Auguſt ein klares Bild hatte, bat Ludendorff den Kanzler und Herrn von Hintze zu einer Sitzung und gab ihnen ein klares Bild über die militäriſche Lage. Am 14. Auguſt fand eine neue Beſprechung unter dem Vorſitz des Kaiſers ſtatt. Die O.H.L. betonte die Notwendigkeit eines baldigen Friedensſchluſſes, da wir zur Zeit noch ſtark ſeien, aber mit einer zunehmenden Verſchlechterung der militäriſchen Lage rechnen müßten. Herr von Hintze ſagte erneut zu, Friedensſchritte einzuleiten.

Den ganzen September über wartete die O.H.L. voll Spannung, welche Früchte nun die von ihr vorausgeſetzte Tätigkeit des Auswärtigen Amts tragen würde. Als aber wiederum vier Wochen ergebnislos ins Land gingen, entſchloß ſich General Ludendorff am 28. September 1918 in voller Übereinſtimmung mit ſämtlichen zuſtändigen Abteilungschefs der Op. Abt., dem Feldmarſchall vorzutragen, daß der Zeitpunkt gekommen ſei, an die Reichsregierung die Forderung zu ſtellen, in ſofortige Friedensverhandlungen einzutreten und zu dieſem Zwecke der Entente einen Waffenſtillſtand vorzuſchlagen. Der Feldmarſchall ſtimmte zu.

Am 29. September trafen Admiral v. Hintze und Graf Roedern (Reichsſchatzamt), nach Spa berufen, im Großen Hauptquartier ein.

Aus Äußerungen des Generals Ludendorff von

der mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts gepflogenen Verhandlung wurde bekannt, daß Hintze ein sehr trübes Bild von der innerpolitischen Lage entwarf, die Revolution als vor der Tür stehend bezeichnete und eine sofortige Neubildung der Regierung vorschlug.

Nachdem dies festgestellt war, wurde die militärische Lage und die Forderung des Friedensschrittes erörtert.

Danach erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, ein Friedensangebot könne nur durch die neue Regierung, die vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen sein müsse, erfolgen. Die alte Regierung sei vor dem In- und Auslande kompromittiert, sie gelte als verlogen und unwahr. Herr v. Hintze meinte, eine neue Regierung könne bis zum 1. Oktober gebildet werden.

S. M. der Kaiser beauftragte den Grafen Roedern, in Berlin die erforderlichen schnellen Schritte zur Bildung einer neuen Regierung zu tun.

Die O.H.L. ersuchte um Beschleunigung der Regierungsbildung. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts sagte dies zu; er erwartete keine besonderen Schwierigkeiten. Der am Nachmittag des 29. September in Spa eingetroffene Reichskanzler trat nicht mehr in Aktion.

Am 29. September abends erhielt ein Vertreter der O.H.L. den Auftrag, die beiden Staatssekretäre nach Berlin zu begleiten, um, wenn von ihnen gewünscht, den führenden Mitgliedern des Reichstages

Auskunft über die militärische Lage zu geben. Auf der Reise hatte er mit beiden Herren längere Unterredungen und machte sie mit dem beabsichtigten Inhalt seiner Ausführungen bekannt.

Am 30. September nach erfolgter Ankunft in Berlin war er kurz im Reichstage, wurde aber nicht verlangt.

Am 1. Oktober rief General Ludendorff, der aus Berlin Nachrichten über den schleppenden Gang der Kabinettsbildung erhalten hatte, seinen Vertreter an und befahl, in seinem Auftrage auf den die Geschäfte führenden Vizekanzler von Payer einen Druck dahin auszuüben, daß das Friedensangebot schleunigst erfolge. Er sagte dazu: „Nachdem die O.H.L. einmal diesen schweren Entschluß gefaßt hat, muß sie darauf bestehen, daß keine Zeit verloren wird.“ Auf die Einwendung des Vertreters, daß die Bildung der Regierung gewisse Zeit erfordere, sagte er: „Dann müssen wir darauf drücken, daß die Herren in Berlin sich beeilen und sich einigen.“

Der Vertreter richtete dem Vizekanzler von Payer seinen Auftrag aus, der versicherte, alles tun zu wollen, was in seinen Kräften stehe. Er machte nochmals auf die vielen Schwierigkeiten aufmerksam, vor allem aber darauf, daß noch niemand da sei, um das Friedensangebot zu unterschreiben. Seine eigene Unterschrift halte er für unzweckmäßig. Der kommende Reichskanzler sei noch nicht ernannt. Es sei auch nicht sicher, ob es ihm gelingen werde, ein Kabinett zu bilden. Der Vertreter möchte bei der O.H.L.

feſtſtellen, ob die Herausgabe des Friedensangebotes nicht noch hinausgezögert werden könne.

Auf Anfrage bei General Ludendorff wurde darauf das folgende Telegramm aus Spa diktiert:

Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918,
1.30 nachm.

An Major Frhr. v. d. Buſſche
für den Vizekanzler von Payer.

Wenn bis heute Abend 7—8 Uhr Sicherheit vorhanden iſt, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, ſo bin ich mit dem Aufſchub bis morgen vormittag einverſtanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft ſein, ſo halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg.

Notiz übergeben 1. Oktober 2 Uhr nachm. an Exzellenz von Payer.

gez. v. d. Buſſche.

Nur dieſes Telegramm könnte als Grund für die Behauptung angeſehen werden, die O.H.L. habe die Herausgabe des Friedensangebotes innerhalb 24 Stunden gefordert. Kein Wort dieſes Telegramms ließ, wie gleich daraufhin gefliſſentlich in Berlin kolportiert wurde, die Behauptung zu, daß ein Zuſammenbruch der Weſtfront innerhalb der nächſten Tage bevorſtände — daß dies von keiner militäriſchen Stelle

gedacht oder gesagt worden ist, geht sowohl aus den Angaben über die militärische Lage wie aus den folgenden Ausführungen hervor — sondern es verfolgte lediglich den Zweck, auf die Minister und Parteimänner zu drücken, endlich ihre eigenen und die Parteiwünsche zurückzustellen und dem großen Interesse des Heeres und des Vaterlandes unterzuordnen.

Am 1. Oktober sollte der Vertreter der OHL. auf Wunsch des Grafen Roedern vor Mitgliedern des Herrenhauses sprechen. Dies, in Verbindung mit dem Vorhergegangenen, machte ihn stutzig und ließ darauf schließen, daß er als Vertreter der OHL. zu innerpolitischen Zwecken (Druck auf die Rechte) ausgenutzt werden sollte. Da er den bestimmten Standpunkt des Generals Ludendorff, sich innerpolitischen Vorgängen fernzuhalten, kannte, lehnte er den Vortrag im Herrenhause ab. General Ludendorff erklärte sich später mit diesem Entschluß einverstanden.

Bei diesem Vorfall ist folgendes bemerkenswert:

Der OHL. wird von vielen Seiten vorgeworfen, ihr eigenes Verhalten und das ihrer Mitglieder hätte in Berlin Panikstimmung erzeugt. Dieser Vorwurf ist unzutreffend. Was der Vertreter gesagt hat, hatte er schwarz auf weiß (vergl. Seite 36). Wohl aber hatte er schon damals den Eindruck, daß die aus Spa zurückkehrenden Staatssekretäre, zur Durchführung des von ihnen empfohlenen und gewünschten Rucks nach links, besonders aber, um die Wahlreform im Herrenhause im Galopptempo durchzupeitschen, die militärische Lage den rechtsstehenden

Parteien so schwarz wie möglich geschildert haben. Bei diesem Bemühen, dem er dem Anschein nach sekundieren sollte, sind dann wahrscheinlich die Ausdrücke „Durchbruch", „Katastrophe" usw. gefallen.

(Wie spätere Ermittlungen ergaben, war es Graf Roedern, der sie in unvorsichtiger Weise gebraucht zu haben scheint.)

Am Nachmittag kam Prinz Max von Baden in Berlin an. Die Kabinettsbildung schien zu gehen, die Möglichkeit, die Friedensnote am 2. Oktober herauszugeben, schien vorhanden — falls man sich über ihren Inhalt einigte. Da stellte sich abends ein neues Hindernis heraus: der Großherzog von Baden hatte die Genehmigung zur Annahme der Reichskanzlerschaft durch den Prinzen Max noch nicht erteilt. Alle Herren hielten es für ausgeschlossen, die Erlaubnis bis zum nächsten Morgen zu erwirken. Die Anfrage mußte durch S. M. den Kaiser erfolgen, S. M. befand sich auf der Fahrt von Spa nach Berlin. Die Sache wurde auf telephonischem Wege von Spa aus in die Hand genommen, der Sonderzug S. M. des Kaisers in Köln angehalten, das Schloß in Karlsruhe verständigt, alle Leitungen vorbereitet und die Anfrage ohne Schwierigkeiten in 1½ Stunde erledigt. Um 12 Uhr mitternachts war die Genehmigung des Großherzogs von Baden da. Die schnelle Durchführung dieses Telephonverkehrs durch die OHL. hat bei den Herren in Berlin wohl den Eindruck erweckt, daß die OHL. außerordentliche Gründe für ihr Drängen habe. Tatsächlich war diese Art des Fernverkehrs etwas Alltäg-

liches, die Herren waren nur anſcheinend noch nicht mit dem Gebrauch moderner Fernſprecheinrichtungen bekannt.

Am 2. Oktober 9 Uhr vormittags, ſprach der Vertreter der OHL. vor den Parteiführern des Reichstages unter dem Vorſitz des Vizekanzlers. Er führte aus*):

Die militäriſche Lage vor den letzten großen Ereigniſſen iſt durch General Wrisberg bekanntgegeben. In wenigen Tagen hat ſie ſich grundlegend geändert.

Der Zuſammenbruch der bulgariſchen Front warf unſre Dispoſitionen über den Haufen. Die Verbindung nach Konſtantinopel war bedroht, ebenſo der für unſre Verſorgung unentbehrliche Schiffahrtsweg auf der Donau. Wir waren gezwungen, wollten wir der Entente nicht völlig freie Hand auf dem Balkan laſſen, das Schwarze Meer und Rumänien preiszugeben, deutſche und für die Weſtfront beſtimmte öſterreichiſch-ungariſche Diviſionen einzuſetzen. Schnellſter Entſchluß war nötig. Die Anfänge unſrer Truppe ſind ausgeladen. Es beſteht begründete Hoffnung, die

*) Der Vortrag iſt wörtlich übernommen. Er enthält nichts über den weſentlichſten Punkt, die Zerſetzung des Heeres durch Verhetzung von der Heimat aus, über die ungeheure Drückebergerei und Fahnenflucht. Es war ja auch nicht Ort und Zeit dazu angetan, über dieſen Punkt zu ſprechen, ſonſt wäre ſofort wieder das Parteigezänk entbrannt. So iſt gleichſam nur zwiſchen den Zeilen am Schluß zu leſen, daß Einigkeit und kraftvolle Maßnahmen not waren.

Lage auf dem Balkan, soweit es für unsre Interessen nötig ist, wiederherzustellen, leider, wie ich ausführen werde, nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage.

Fast gleichzeitig mit der Offensive in Mazedonien setzten gewaltige Angriffe im Westen ein. Sie fanden uns nicht unvorbereitet. Alle Maßnahmen, sie abzuwehren, waren getroffen. Ostdivisionen zum Freimachen von erprobten Westdivisionen waren im Anrollen. Leider mußte ein Teil von ihnen nach dem Balkan abgedreht werden. Der letzte wehrfähige Mann aus dem Osten war herangezogen. Wir sahen mit Ruhe dem Entscheidungskampf entgegen. An welchen Stellen der Front die Angriffe einsetzen würden, verstand die Entente geschickt zu verschleiern. Vom Meere bis zur Schweiz zeigten sich Angriffsvorbereitungen, am stärksten gegen Lothringen und den Sundgau. Wir waren gezwungen, unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Namhafte Kräfte mußten besonders in Lothringen und dem Sundgau zum Schutz deutschen Bodens bereitgestellt werden.

Nach Durchführung der erforderlichen Bewegungen bestand die sichere Zuversicht, die bevorstehenden Schlachten siegreich zu bestehen und den Vernichtungswillen unserer Gegner durch ihre zu erwartenden großen Verluste zu brechen.

In der Folge gelang es überall, den Feind da, wo er durch Tanks, Überraschung oder Übermacht

in unſere Linie eingedrungen war, aufzuhalten, ſeinen Stoß durch rechtzeitig herangeführte Reſerven aufzufangen. Die Kämpfe der letzten ſechs Tage ſind trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät ſiegreich beſtanden. Der Gegner hat im Vergleich mit unſren Erfolgen in den Frühjahrsoffenſiven geringe Fortſchritte erzielt. In den meiſten Stellen ſind ſeine mit ungewöhnlicher Zähigkeit fortgeſetzten Stürme abgewieſen. Nach Meldung unſrer Truppen hat er ſchwerſte Verluſte erlitten.

Unſre Truppen haben ſich in überwiegender Zahl vortrefflich geſchlagen und Übermenſchliches geleiſtet. Der alte Heldenſinn iſt nicht verlorengegangen. Die feindliche Übermacht hat die Truppe nicht erſchreckt. Offiziere und Mann wetteiferten miteinander.

Trotzdem mußte die OHL. den ungeheuer ſchweren Entſchluß faſſen, zu erklären, daß nach menſchlichem Ermeſſen keine Ausſicht mehr beſteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entſcheidend für dieſen Ausgang ſind vor allem zwei Tatſachen: die Tanks. Der Gegner ſetzte ſie in unerwartet großen Mengen ein. Wo ſie, noch dazu nach ſehr ausgiebiger Vernebelung unſrer Stellungen, überraſchend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven*) unſrer

*) Es waren nicht immer nur die „Nerven“, ſondern häufig, wie oben erwähnt, die Kampfunluſt und die geſunkene Moral, die nicht mehr ſtand hielt. Die Linie war dann oft zu dünn beſetzt, weil nur Offiziere, Unteroffiziere und der Reſt beherzter

Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsre vordersten Linien durch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsre Tankabwehrwaffen und unsre Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann war aber das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsre Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven als bisher gewohnt herbeiführten, zu erklären.

Dem Feind gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unsrer aufs äußerste angespannten Industrie, oder andre, wichtigere Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden. Das Heer ist in die große

---

Mannschaften vorn blieben. Für die Tapferkeit und die Selbstverleugnung dieser Teile der Truppen ist kein Ruhmeswort zu hoch; umgekehrt ist kein Wort der Verachtung zu stark, um die Helden, die überliefen oder sich nach hinten empfahlen, zu brandmarken. Im übrigen muß hinzugefügt werden, daß auch unter Berücksichtigung der vorstehenden Einschränkungen nach der jetzt geklärten Ansicht der Tank s. Zt überschätzt ist. Gerade General Ludendorff, der bei seinem eigenen strengsten Pflichtgefühl jeden Treubruch des deutschen Volkes in seinem Innersten für unmöglich halten wollte, sträubte sich bis zuletzt unbewußt gegen die Auffassung, daß der Geist des Heeres stellenweise versage.

Schlacht mit ſchwachen Beſtänden gegangen. Trotz aller Maßnahmen ſanken die Stärken unſrer Bataillone von rund 800 im April auf rund 540 Ende September. Auch dieſe Zahl ließ ſich nur durch Auflöſen von 22 Infanterie-Diviſionen = 66 Infanterie-Regimentern halten.

Die bulgariſche Niederlage fraß weitere ſieben Diviſionen. Es beſteht keine Ausſicht, die Stärken auf größere Höhen zu bringen. Der laufende Erſatz, Wiedergeneſene, Ausgekämmte, wird nicht einmal die Verluſte eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einſtellung des Jahrganges 1900 wird die Bataillonsſtärken einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Dann iſt unſere letzte Menſchenreſerve verbraucht.

Die Verluſte der im Gange befindlichen Schlacht ſind, wie geſagt, über Erwarten groß, beſonders an Offizieren. Das iſt ausſchlaggebend. Die Truppe verlangt mehr denn je, ſoll ſie halten oder angreifen, das Beiſpiel ihrer Offiziere. Die Offiziere mußten und haben ſich rückhaltslos eingeſetzt und geopfert. Die Regimentskommandeure und höheren Führer kämpften mit in den vorderſten Linien. Nur ein Beiſpiel: Eine Diviſion verlor in zwei Kampftagen ihre ſämtlichen Offiziere, tot oder verwundet, drei Regimentskommandeure tot. Der geringe noch vorhandene Stamm an aktiven Offizieren iſt zuſammengeſchmolzen. Der Aufbau der aus dem Großkampf kommenden Diviſionen iſt kaum noch

durchführbar. Das gleiche wie vom Offizier- gilt vom Unteroffizierkorps. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die amerikanische Truppen als solche sind nicht von besonderem Wert oder gar den unserigen überlegen. Wo sie durch Massen-einsatz anfängliche Erfolge erzielten, wurden sie trotz ihrer Übermacht abgewehrt. Entscheidend wurde aber, daß sie weite Frontstrecken übernehmen konnten und dadurch dem Engländer und Franzosen die Möglichkeit gaben, eigene kampfgewohnte Divisionen freizumachen und sich fast unerschöpfliche Reserven zu schaffen.

Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Die Eisenbahn brachte sie rechtzeitig heran. Unerhört schwere Anstürme wurden abgewiesen. Die Kämpfe wurden als von bisher nicht dagewesener Schwere geschildert. Nun gehen unsre Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnisse und Ereignisse ließen in dem Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, S. M. dem Kaiser

vorzuſchlagen, zu verſuchen, den Kampf abzubrechen, um dem deutſchen Volk und ſeinen Verbündeten weitere Opfer zu erſparen.

Ebenſo wie unſre große Offenſive vom 15. Juli ſofort eingeſtellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern ſtand, ebenſo mußte jetzt der Entſchluß gefaßt werden, die Fortſetzung des Krieges als ausſichtslos aufzugeben. Noch iſt hierzu Zeit. Noch iſt das deutſche Heer ſtark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu ſtellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner ſeinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu ſchließen.

Deshalb darf keine Zeit verlorengehen. Jede 24 Stunden können die Lage verſchlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unſre augenblickliche Schwäche klar zu erkennen.

Das könnte die unheilvollſten Folgen für die Friedensausſichten wie für die militäriſche Lage haben.

Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müſſen noch feſter als bisher zuſammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geſchloſſene Front in der Heimat erſtehen,

die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen.

Exzellenz von Payer hatte kurz vor Eintritt des Vertreters der OHL. anscheinend den beabsichtigten Inhalt der Friedensnote bekanntgegeben. Als erster knüpfte Graf Westarp, nachdem der Vortrag des Vertreters der OHL. beendet war, daran an, „daß der Gegner erkenen müsse, daß wir entschlossen seien, den Krieg fortzusetzen, wenn er uns nur einen demütigen Frieden gäbe", und sprach sich gegen die glatte Annahme der 14 Wilsonschen Punkte aus. Entrüstet wies der Vizekanzler diese Auslegung der Friedensnote ab.

Immerhin war dem Vertreter der OHL. der Inhalt der Friedensnote nun verdächtig, und er machte telephonisch Exzellenz Ludendorff darauf aufmerksam, daß der Text offenbar den Schluß zuließe, daß Deutschland bedingungslos die Wilsonschen Forderungen annehmen werde, worauf Exzellenz Ludendorff nachstehendes Telegramm diktierte:

Großes Hauptquartier, 2. Oktober 1918,
12.20 nachm.

An Major v. d. Busſche
für den Vizekanzler von Payer.

Aus dem Inhalt der beabſichtigten Friedensnote iſt mir nur bekannt:

„Daß die 14 Punkte der Wilſonſchen Note als Grundlage für die Friedensbeſprechungen dienen ſollen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingungen gelten ſollen."

Soweit habe ich mich einverſtanden erklärt. Nachdem aber geſagt iſt, die OHL. ſei mit dem ganzen Inhalt der Note einverſtanden, bitte ich um Mitteilung der Note vor ihrer Herausgabe, um dazu Stellung nehmen zu können.

gez. Ludendorff.

Notiz 12.20 nachm. an Vizekanzler von Payer übergeben.

gez. Frhr. v. d. Busſche.

Dieſes Telegramm bedarf keines Kommentars.

Am 2. 10. nachmittags traf der Feldmarſchall in Berlin ein. Der Vertreter der OHL. begleitete ihn zu mehreren Sitzungen der Staatsſekretäre, in denen der Inhalt der Friedensnote feſtgelegt werden ſollte.

Der Feldmarſchall war von dem Verlauf der Dinge und den während ſeiner Reiſe abgeſandten Telegrammen der OHL. nicht voll unterrichtet, nahm aber, nachdem der Vertreter der OHL. ihm davon befehlsmäßig Mitteilung gemacht, im Verlauf der

Verhandlungen den gleichen Standpunkt wie General Ludendorff ein. Er begründete seinerseits die Eile immer wieder damit, daß jeder Tag unnützes Blutvergießen bringe und vielen Tausenden von tapferen Soldaten*) das Leben koste.

Der Feldmarschall stellte sich ausgesprochen auf den Standpunkt, daß die 14 Punkte Wilsons nur als Grundlage für die Verhandlungen dienen dürften. Ehe deutsches Gebiet in nennenswertem Umfang abgegeben würde, müsse Deutschland weiterkämpfen. Lieber untergehen, als die Ehre verlieren. Dem widersprach Graf Roedern unter dem Beifall der übrigen. Der Standpunkt des Feldmarschalls sei der des Feldherrn. Der Staatsmann, die Reichsregierung müsse zu retten suchen, was zu retten sei. Von den anwesenden Staatssekretären Payer, Hintze, Roedern, Solf, Friedberg war es nur Payer, der sich gegen bedingungslose Annahme der Wilsonschen Punkte sträubte. Graf Roedern brachte nebenher das einstimmige Einverständnis des preußischen Staatsministeriums zu der Friedensnote mit.

Bemerkenswert war aus den Verhandlungen, daß der Prinz Max von Baden überhaupt keine Friedensnote herausgeben wollte, sondern wünschte, zunächst im Reichstage in seiner Antrittsrede die Entente durch ein Friedensprogramm vorzubereiten,

*) Besonders fiel ins Gewicht, daß jetzt tatsächlich nur die besten und tapfersten Männer sich opferten.

je nach Aufnahme sollte dann die Friedensnote folgen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig verworfen.

Der Staatssekretär Solf schlug vor, die Friedensnote nicht an Wilson allein, sondern gleichzeitig an England, Frankreich und Amerika zu richten. Hiergegen sprach Hintze. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Zufällig war kurz vorher im Auftrage von General Ludendorff an Payer und Hintze das gleiche, was Solf vorschlug, bestellt worden.

* * *

Eine Anzahl Fragen, die der Reichskanzler stellte, und deren Beantwortung folgen nachstehend:

Der Reichskanzler.

Berlin, den 3. 10. 1918.

Dringend!

Bevor ich mich über die Einleitung der von der OHL. gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Eure Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenze halten?
2. Muß die OHL. einen militärischen Zusammenbruch erwarten, und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unsrer militärischen Widerstandskraft bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziele Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?

4. Für den Fall, daß die Frage zu 3. bejaht wird, ist die OHL. sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?

5. Ist die OHL. mit Absendung des anliegenden Notenentwurfs einverstanden?

Eurer Exzellenz wäre ich für sofortige Antwort dankbar.

gez. Payer,
Stellvertreter des Reichskanzlers.

Seiner Exzellenz dem Chef des Generalstabes des Feldheeres Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, hier.

Auf vorstehendes Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 3. 10. 18 erteilte der Herr Generalfeldmarschall in der Sitzung vom 3. 10. 18 vormittags mündlich dem Sinne nach folgende Antwort:

Zu 1) Die Frage kann nicht in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, beantwortet werden. Das Halten der Front hängt von vielen Faktoren, u. a. davon ab, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seine Angriffe fortsetzt und wie sich demgegenüber unsere Widerstandsfähigkeit auf die Dauer erweist.

Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest. Ge-

zwungen, wird es von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, ausweichen. Die Dauer solcher Rückbewegungen ist nicht genau vorher zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen werden.

Zu 2) Die Frage ist durch die Antwort zu 1) mit beantwortet. An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche folgende Ausweichen und Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge haben, solange noch irgend nennenswerte Reserven zur Hand sind.

Zu 3) Ist durch mein Schreiben vom 3. 10. 18 an den Herrn Reichskanzler beantwortet. (Folgt nachstehend im Wortlaut.)

Zu 4) Die O.H.L. zieht, falls es nicht anders geht, die Aufgabe geringer, französisch sprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht. Abtretung deutschen Gebiets im Osten kommt für sie nicht in Frage.

Zu 5) Notenentwurf wurde beraten, war nicht beigefügt.

Gleichzeitig folgt eine schriftliche Erklärung, die der Feldmarschall auf Ersuchen des Reichskanzlers am 3. 10. vormittags abgab und die die Regierung, wie wir hinzufügen, bisher allein und aus ihrem Zusammenhang gerissen, mit einem die Dinge auf den Kopf stellenden Kommentar veröffentlichen ließ:

Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Berlin, 3. Okt. 1918.

An den Herrn Reichskanzler.

Die OHL. bleibt auf ihrer am Montag, den 29. Sept. d. Js., gestellten Forderung*) der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsre Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unsrer Westreserven, und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die OHL. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

---

*) War mündlich in Spa gestellt worden im Verkehr mit den Staatssekretären von Hintze, Graf Roedern. Selbstredend war dabei nur an Anbahnung eines „ehrenvollen" Friedens gedacht worden.

gez. von Hindenburg.

(Handschriftliche Anmerkung des Feldmarschalls.)

Für die Richtigkeit der Abschrift
gez. Frhr. v. Busche,
Major im Generalstabe.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. von Hindenburg.

General Ludendorff hatte telephonisch sein Einverständnis erteilt.

An keiner Stelle ist in den Worten des Feldmarschalls, in den Erklärungen der OHL., in dem, was der Vertreter der OHL. gesagt hatte, irgend etwas enthalten, was die Behauptung rechtfertigt, die OHL. habe die Herausgabe eines Friedensangebotes innerhalb 24 Stunden gefordert mit der Begründung, daß ein Zusammenbruch der Westfront unmittelbar bevorstehe. Immer und immer wieder ist betont, so den Staatssekretären Graf Roedern, Hintze, Solf, Payer, Friedberg, Lewald gegenüber, man wisse nicht, wie es in vier Wochen aussehe, jetzt unnütz verlorene Zeit könne sich später rächen. Der Soldat verstehe nicht, warum der Parteimann sich nicht einigen könne.

Die Abreise des Vertreters der OHL. aus Berlin erfolgte am 3. Oktober nachmittags, ohne daß der Text der Friedensnote festlag. Sie ging tatsächlich auch erst in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober heraus.

## IV.

Wir haben die Vorgänge vom 29. 9. bis 3. 10. hier ausführlich behandelt, um einwandfrei die Behauptung zu widerlegen, die OHL. habe plötzlich das verlorene Spiel erkannt und dann innerhalb 24 Stunden ein Friedens- bzw. Waffenstillstandsangebot verlangt. Denn so unsinnig diese Behauptungen auf den ersten Blick sind, so sind sie eben doch geglaubt, weil ihnen bisher nicht widersprochen ist.

Demgegenüber muß aus dem Gesamtinhalt des Vorhergehenden festgestellt werden, daß unsere Siegeschancen noch Mitte 18 durchaus gut waren, daß sich aber der Mangel an Ersatz, das Drückebergertum, das Sinken der moralischen Werte im Heer als Folgen der Vergiftung von der Heimat aus schon bemerkbar machten. Die OHL. hat alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel angewandt, um hierin Wandel zu schaffen, und hat allerdings darin vielleicht zu lange auf die zugesagte Besserung gehofft. Erst als diese Hoffnung mehr und mehr schwand und sie sich gleichzeitig überzeugen mußte, daß vom Auswärtigen Amt aus nichts geschah, drängte sie darauf, zum Handeln zu kommen. Sie drängte, weil sie das ewige Zaudern der Regierung kannte, und weil naturgemäß, solange das Heer noch — wenn auch auf eine kürzere

Linie zurückgehend — hielt, auf günstigere Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen zu rechnen war. Der Krieg war an sich noch mindestens monatelang mit den vorhandenen Kräften zu führen. Daß er bei rechtzeitigem Eintreffen genügenden Ersatzes und bei Einsetzen einer entschlossenen Stimmung selbst noch im August 1918 eine andre Wendung hätte nehmen können, darf aber nicht vergessen werden. Das Ganze ist ein Trauerspiel, wie es die Welt selten erlebt hat.

## V.

Aber das Bisherige ist nur der 1. Akt, der 2. war fast noch furchtbarer.

Ich möchte voraus bemerken, daß nicht beabsichtigt ist, ein genaues Bild davon zu geben, wie sich die Vorgänge, die mit der Auflösung des Heeres und Konstituierung des Chaos in Deutschland abschlossen, abgespielt haben. Insbesondere soll nicht erörtert werden, wie sich das voll gerüttelte Maß der Schuld an diesem Niederbruch verteilt, da dies zu weit führen würde und außerhalb des Zwecks dieser Schrift liegt. Es ist auch nicht nötig, da eine eingehende Schilderung und Beurteilung dieser Fragen in einiger Zeit von andrer Stelle folgen dürfte.

Es genügt also, kurz die Tatsachen und die von ihnen ausgehende Wirkung festzulegen.

Die Wilsonschen Antworten forderten Einstellung der barbarischen Kriegsmaßnahmen, und wir beeilten uns, mit Abstellung des U-Bootkrieges dem Wunsch zu entsprechen. Die Maßnahme war, wie jetzt völlig klar liegt, falsch, denn die Tonnagefrage war endlich in ein kritisches Stadium eingetreten, und die Entente sah mit Bangen auf die von Admiral Scheer vorgesehene Verschärfung dieser Kriegsform. Nun wurde das Meer plötzlich frei, die Entente frohlockte — und ließ uns gründlich zappeln. Sie wußte ja, daß jeder Tag uns dem inneren Zusammenbruch näher brachte.

Auch der Kaiser mußte fallen, so wollte es anscheinend Wilson. Der Kaiser wollte aber nicht ohne weiteres verzichten, wenigstens nicht auf die Herrscherrechte als König von Preußen. So mußte zuerst Ludendorff gehen, und dann trat man an den Kaiser heran. Es gelang, ihn zum Verzicht, ja zur Flucht zu bewegen. Daß bei diesen Vorgängen die Stärke der „Revolution" nicht nur übertrieben eingeschätzt, sondern total falsch geschildert wurde und daß andrerseits alles geschah, um etwaige Widerstände (vor allem des Heimatheeres, das in großen Teilen noch zuverlässig war) auszuschalten, ist heute bekannt. Nun mag man über die nach dem Kriege notwendige Verfassung denken, wie man will, selbst wenn man sich auf den kommunistischen Standpunkt stellt, waren diese Maßnahmen falsch, denn wir

ſtanden im entſcheidenden Punkt des gewaltigſten Krieges. Und da mußte das Volk einig ſein, wenigſtens bis der Friede unter Dach war. Die Behauptung, daß dann die Errungenſchaften, die uns die Revolution gebracht hat, auch nicht gekommen wären, iſt hinfällig, ſoweit es ſich um freiere Verfaſſung uſw. handelt, war alles in der Entwicklung begriffen, andererſeits hätten wir aber die üblen Begleiterſcheinungen vermieden.

Merkwürdigerweiſe hielten große Teile des Frontheeres alle dieſe ſchweren Belaſtungsproben, die durch den übereilten und auch nur infolge der Revolution notgedrungen angenommenen Rückzug hinter den Rhein noch verſchärft wurden, verhältnismäßig gut aus. Es hatten eben einige kampffreie Tage genügt, um den inneren Halt dieſer Truppen wieder herzuſtellen. Von den verſchiedenſten Seiten iſt ſogar beſtätigt worden, daß die Truppen in ausgezeichneter Stimmung und Verfaſſung waren. So kamen ſie dann plötzlich in Berührung mit den Soldatenräten der Heimat, meiſt Helden, die jahrelang tapfer daheim geſeſſen hatten. Es kam zu Konflikten, und ſo entſtand bei der damaligen Regierung die Furcht vor der Gegenrevolution. Wie eine ſolche hätte in Szene geſetzt werden ſollen angeſichts des ganz klaren Befehls und der Unterordnungsverhältniſſe, iſt nicht einzuſehen. Vielleicht wenn der Feldmarſchall v. Hindenburg ſich ſelbſt an die Spitze geſtellt hätte, aber das hat wohl niemand in der Regierung befürchtet. Es war alſo wieder ein Verkennen

der Revolution, als auf Druck der Regierung Maßnahmen für das Heer befohlen wurden, die seine Auflösung bedeuteten. Nach der Tagung der Soldatenräte in Ems, wo die Frontsoldaten von heimischen Experten aufgeklärt wurden, war dieses Ziel erreicht. Die Kommandogewalt fiel, die Disziplin und Ordnung waren dahin, die schlechten Elemente hatten die Oberhand.

Das hätte kein Heer der Welt ausgehalten, denn jedes Heer ist auf Disziplin und Kommandogewalt aufgebaut und wird es ewig bleiben. Die noch einigermaßen geschlossen einrückenden Truppen wurden, vielfach mit Gewalt, entwaffnet. Und so ist das stolze deutsche Heer tatsächlich und restlos zerronnen. Das war aber ja die Sehnsucht des Bolschewismus und der sich ihm anhängenden verbrecherischen Elemente, denn nun konnten sie versuchen, ihr Reich aufzurichten. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, aber doch nur, weil die Regierung nun in höchster Angst sich Freikorps schuf und weil schließlich die überwiegende Zahl deutscher Männer doch einen angeborenen Ordnungssinn und Verstand besitzen. Aber die Erschütterungen, die der Volkskörper durchmacht, sind doch sehr schwer, und vielleicht stehen uns noch schwerere bevor.

Das alles dankt Deutschland den Männern, die im entscheidendsten Augenblick die bestehende Ordnung auflösten, ohne Gleichwertiges oder Besseres an die Stelle setzen zu können, und die außerdem sich selbst das einzige Machtmittel aus völlig unnötiger

Angſt zerſchlugen, das ihnen die Durchführung der beabſichtigten Neuordnung ſchnell und in Ruhe gewährleiſtet hätte.

Das waren die innerpolitiſchen Folgen der Zertrümmerung des Heeres. Noch ſchlimmer ſind die außerpolitiſchen.

Man kann annehmen, daß Wilſon es mit ſeinen 14 Punkten ehrlich gemeint hat. Nun waren einige dieſer Punkte für die Entente unannehmbar (ſo Nr. 2 betr. Freiheit der Meere), einige aber auch für uns (ſo Nr. 8 betr. Elſaß-Lothringen und Nr. 13 betr. das ſelbſtändige Polen). Die 14 Punkte ſollten daher auch nur als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Die wirkſamſte Handhabe für Wilſon, einen „Verſtändigungsfrieden“ auf Verhandlungen über die 14 Punkte aufzubauen, war aber das deutſche Heer. Mit dem Moment, wo es zerſchlagen war, wurde Wilſon mehr und mehr in die Ecke gedrückt und Clemenceaus Annexions- und Vernichtungspolitik ſiegte. Marſchall Foch hatte noch bei Übergabe der harten Waffenſtillſtandsbedingungen (deren reſtloſe Annahme er wohl ſelbſt nicht zu erhoffen gewagt hatte) erklärt: „Es ſteht nichts zwiſchen den Zeilen.“ Nun, was noch alles nachträglich erpreßt iſt, ſchreit gen Himmel, und alles nur, weil unſer Heer eben weg war. Und ſo können ſie uns jetzt die ſchwerſten und drückendſten Friedensbedingungen auferlegen, wir können uns nicht wehren, weil kein Heer da iſt und allerdings

weil unsre Lebensmittel zu Ende gehen. Das letztere ist aber ganz wesentlich mit durch die völlige Mißwirtschaft seit dem 9. November verursacht.

Seien wir uns ganz klar darüber: hätten wir heute nur eine Million guter, zuverlässiger und ausgerüsteter Truppen: es wäre nicht nur im Innern Ruhe und Ordnung, wir könnten auch über den Frieden verhandeln und würden einen billigen Frieden haben. Denn daß England und Frankreich mit starken Kräften den Krieg wieder aufnehmen könnten, ist unsinnig. Und Amerika würde sich hüten, für die überspannten Forderungen der andern einzutreten und damit sich selbst Lügen zu strafen.

Jetzt stehen wir schmachbedeckt vor dem Diktatfrieden, nach wunderbaren Siegen und nach Verlust von Millionen tapferer Männer, die ihr Blut für Deutschlands zukünftige Größe freudig dahingaben. Welch fürchterliche Ironie!

So ist der zweite Akt der Tragödie des deutschen Zusammenbruchs fast noch schmerzlicher als der erste. Die Schuld des zweiten Aktes aber liegt ausschließlich auf einigen Männern, deren Namen jedes Kind kennt. Ob sie wagen, auch diese Schuld dem ancien régime in die Schuhe zu schieben? —

Die in Zerstörungswut blind gewesenen Zertrümmerer unsres Heeres wird, alle, die Geschichte dereinst vor ihr Forum fordern, und dies Forum wird anders, ganz anders besetzt sein als die kümmerlichen, als „Staatsgerichtshöfe“ etikettierten Parteimaschinerien, die die mit schwerster Verantwor-

tung Belaſteten in Haſt zuſammenzimmern möchten, um vor Volk und Geſchichte die Spur eigener Verantwortlichkeit zu vernichten. Nicht der Parteiſpruch dieſer Maſchinerien, nur das Urteil der Geſchichte wird kommender Menſchheit gültig ſein.

Sechs Monate ſind ſeit Ausbruch der Revolution verfloſſen. Seit ſechs Monaten wird in Paris über Wohl und Wehe, Schickſal und Knechtung des deutſchen Volkes geſprochen, debattiert, beſchloſſen. Kein Deutſcher iſt zugegen. Ein Volk von ſiebzig Millionen, vor einem Jahr, vor einem halben Jahr noch in ſeiner Energie und Tapferkeit der Schrecken ſeiner Feinde, hat in ſeiner Regierung keinen Mann, der dieſe Forderung erhob. Beizeiten ſo erhob, daß ſie unüberhörbar war. Jetzt, nach ungeſtört vollendetem Text, werden wir höflichſt zum „Unterſchreiben" gebeten; eine Bitte, die durch Nahrungsmittel und Rohſtoffe, die man bekommt oder nicht bekommt, durch Beſetzung ebenſo lebenswichtiger Gebiete, die man vornimmt, oder nicht vornimmt, ungemein wirkſam wird. So wirkſam, daß die um jede Entſchlußfreiheit gebrachte Regierung bereits eine Volksabſtimmung zu ihrer Entlaſtung in's Auge faßt und nach Einigkeit ruft, die ſie ſelbſt zertrümmert hat. Mag es günſtigſtenfalls zu Verhandlungen kommen und es gelingen, in einigen Punkten Milderungen zu erzielen! Dann ſind dieſe Milderungen — ſoweit ſie nicht im eigenſten Intereſſe der Entente liegen — nur dadurch erreicht, daß das deutſche Volk in ſeiner Mehrheit den feſten Entſchluß gezeigt hat, lieber ein

Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende auf ſich zu nehmen. Die „Männer der Verſtändigung“ hätten kein Recht, ſich dies als Verdienſt zu buchen. Und immer werden die Friedensbedingungen fürchterlich bleiben. Die Ernte aus der Herbſt- und Winterſaat kommt; wer Schierling ſäet, darf ſchwerlich Weizen erwarten. . . .

„Der Konſtitutionalismus iſt nur eine Form der politiſchen Knechtung; der Militarismus iſt ſein Inſtrument; Freiheit iſt nur in der Demokratie. Schafft den Konſtitutionalismus ab, zertrümmert den Militarismus, und der Friede der Verſtändigung, des Rechts und der Gerechtigkeit iſt euer.“ Unermüdlich ſangen Wilſon und Lord Northcliffe dieſe Weiſen; unermüdlich ſchrieben tauſend Federn, ſpitze und ſtumpfe, ſprachen tauſend Mäuler, große und loſe, ſie nach. Wir haben alle unſre hiſtoriſchen Regierungsformen bis auf den Grund zerſtört, unſer Volksheer bis auf ſeine kleinſten Verbände zerſchlagen und die allein ſeligmachende Demokratie eingeführt. Wo iſt nun, ihr Propheten, die „Verſtändigung“? Wo iſt euer Friede des „Rechts“? Und wie ſieht, ihr Seelenzermorſcher, die „Gerechtigkeit“ aus, die uns aus Verſailles winkt? „Streng!“ ſagt ſelbſt Lloyd George. Und einer großen Zuchtrute mehr, als einer Palme, gleicht allerdings, was ſie in der Hand trägt.

Wir ſind am Ende. Wie wüſter Spuk zerrann der Phraſennebel der Verſtändigungsapoſtel, die aus einer Liquidation in Ehren erſt den Bankerott und

aus dem Bankerott das Chaos ſchufen. Nie iſt ein Volk, das zum Siege ſo prädeſtiniert war, wie das deutſche, ſo ruchlos erſt ſeeliſch, dann materiell entwaffnet worden. Rieſenhaft, wie die Kataſtrophe, iſt die Schuld, die jetzt in Verſailles ihre Kodifikation erhält.

# Nachwort

Die Revolution vom 9. November, die, soweit auch die Geschichte in klare Fernen zeigt, vernunftloseste, die je an einem Volk in Lebensnot begangen, zeitigt nun ihre Früchte. Der Friede, der einzig noch zu erwartende, ist da. Ein „Friede der Sicherung", nicht für, sondern gegen uns; ein „Friede der Verständigung", nicht mit, sondern über uns; ein „Friede des Rechts", in dem wir nicht Subjekt mehr, sondern nur noch Objekt sind. Und die Bereiter solchen Schicksals, teures Volk, suchen dich jetzt in schwärzere Zukunft noch zu stoßen. Bismarcks Wunderbau, der Jahrhunderttraum eines durch härteste Geschichte in Kulturhöhe gezwungenen Volkes, liegt in tausend Scherben; das schönste, stärkste Heer, das viereinhalb Jahre unter nie für möglich gehaltenen Erfolgen einer Welt getrotzt, ist zerschlagen; das tapferste Volk der Erde, vor einem Jahr, einem halben noch nicht der Liebe, doch bewundernder Achtung eines ganzen Planeten gewiß, liegt heute, wie ein von Pesthauch Gestreifter, gemieden und mißachtet, in Quarantäne. Rings sperren sich ihm alle Menschenpforten, und in von uns selbst

ihm bereiteter Ohnmacht mühte ſich ein Wilſon, uns wenigſtens das Nötigſte an Atem und Licht zu ſichern. Vergebens. Die Bereiter ſolchen Schickſals haben auch das noch mit Erfolg verhindert; verhindern das Weſentlichſte noch heute. Statt in düſterem Ernſt, in wortloſer Entſchloſſenheit das Unvermeidliche zu vollziehen, mit würdigem Nachdruck die Beſeitigung des Unerfüllbaren, nach beiden Seiten Schädlichen zu erſtreben, hetzen ſie die öffentliche Meinung in einen Schimpforkan, der uns die letzten Reſte alles Mitempfindens koſtet, aus Promethidentragik Therſitesſchmähſucht macht. „Räuber, Mörder, Diebe, Würger, Hallunken, Gauner, Schufte, Wort- und Ehrbrüchige“: ſo tönts nicht etwa aus den Pfützen dunkler Winkelſchreiberei, nein: von Miniſterſeſſeln, auf denen, heute noch, als die Lauteſten Leute drohnen, die einſt Wilhelm II. den Eid der Treue geleiſtet haben. („Maudire“, läßt Renan ſeinen Caliban ſprechen, „est ma nature; je ne peux me retenir d'insulter. C'est plus fort que moi, je ne peux m'empêcher de maudire.“ Caliban war, als er ſo ſprach, freilich nicht Exzellenz; als ers geworden, konnte er auch anders, nicht minder modern: „Non, je n'aurais pas cru qu'il fut si doux de régner. Je n'aurais pas cru surtout qu'on mûrit si vite en régnant.“*) Und die ſo von unſern Geſchäftsführern Be-

*) „Schimpfen iſt meine Natur; ich vermag mich nicht hemmen, zu beleidigen. Der Drang iſt ſtärker als ich: ich muß ſchimpfen.“ — „Nein, nie hätte ich gedacht, daß es ſo ſüß, zu regieren. Ich hätte, beſonders, nie gedacht, wie raſch man reift, wenn man herrſcht.“

ſchimpften ſind dieſelben Menſchen, von denen wir Erleichterungen und Nachläſſe erbitten, Lebensmittel und Rohſtoffe erflehen!

Noch trauriger iſt, daß wohlmeinende Kurzſicht ſchreibt und druckt, die Unterzeichnung des Vertrages ſei nur mit dem Verluſt der nationalen Ehre zu erkaufen. Ausbündigere Torheit gab es nie. Wehe denen, die leichtfertig unſere Ehre binden! Die Herren Scheidemann und Erzberger vermögen es nicht. Die Ehre des deutſchen Volkes iſt nicht in der Hand von durch Zufallswind auf ein Regierungsgipfelchen Verſchlagenen. Sie iſt ein in Jahrtauſenden, hellen und dunklen, gewordenes Gut, ſie ruht in unſerm ganzen Sein, niemals in der Einzelhandlung eines geſtern nichts, heute Miniſter, morgen wieder nichts ſeienden Citoyen; niemals gar kann ſie uns einer nehmen, der nicht zu uns gehört. Nicht Wilſon noch Clemenceau, nicht Lloyd George noch Orlando vermag ſie uns zu geben, zu laſſen, zu nehmen. Laßt unſere Ehre aus dem Spiel, die nur im Reich freier Entſcheidung wohnt und atmet. Wir ſind in Notwehr, in unſerm ganzen Sein und Daſein unmittelbar bedroht: nur das Geſetz der nackten Selbſterhaltung regiert die Stunde, die ſchwärzeſte, vermeidbarſte, von Elenden herbeigeführte, die unſre, an Schmerz und Tränen nicht arme, Geſchichte ſah. Sie iſt für Theatergeſten zu ernſt. Unſer Preſtige iſt fort, nicht unſere Ehre. (Wer den Unterſchied nicht kennt, ſtudiere ſeinen Bismarck beſſer; wer ihn nicht fühlt, ſpreche über Ehre nicht mit.) Jetzt muß, wo jede Freiheit der Ent-

ſchließung mangelt, unterzeichnet werden: mögen die dazu aus ihrer Vergangenheitsleiſtung verpflichteten Hände verdorren oder nicht. Unſer Preſtige wird wieder. Wir werden es uns wieder ſchaffen, wenn unſeres deutſchen Volkes Ehre Gerichtstag hält.

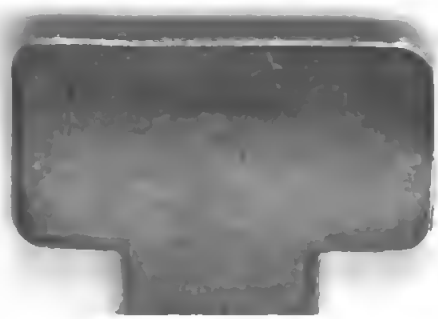
**Karl Schnitzler.**

89100016310

b89100016310a

TEN DAY

Bauer F086
.G3
Der irrwahn des ver-.B31
-friedens



Digitized by Google

B91000016310

B89100016310A